

Rede von Volker Lösch, Regisseur und Aktivist, auf der 824. Montagsdemo am 28.9.2026

Die Eigentumsfrage – oder: Für eine Gesellschaft, die uns gehört!

Liebe Mitstreiter*innen!

Schon wieder ein 30. September. Zum 16ten Mal. Und die Erinnerungen sind nicht weg. Die Wasserwerfer, das Ausharren unter Plastikplanen, die Gewaltexzesse der Polizei, die Jugendlichen und Älteren, die aufs Maul kriegen und Tränengas ins Gesicht, die vielen weinenden Menschen, als nach Mitternacht die ersten Bäume gefällt werden, die Demo am Samstag danach, als ich vor mehr als einhunderttausend von euch stand und in Euren Gesichtern Wut, Enttäuschung, Schmerz und so etwas wie Widerstandsbereitschaft gesehen habe. Die bis heute gehalten hat! Das ist beeindruckend, das ist unglaublich, und das ist einmalig! Ich war ja bis 2014 noch in Stuttgart und habe mich dann nach Berlin verpisst. Aber Ihr habt die Stellung gehalten, die ganze Arbeit gemacht und niemals aufgegeben – und das ist großartig! Danke für die Möglichkeit, hier immer noch sprechen zu können!

Streit um Eigentum

Liebe Freund*innen – Erinnern allein reicht aber nicht. Was ist damals eigentlich passiert? Und warum kam es zu diesem Gewaltexzess? Von Anfang an war klar, dass die Hauptfrage bei dem Konflikt lautet: Wem gehört die Stadt? Wir wussten sehr schnell, bei „Stuttgart 21“ geht es nicht um einen Bahnhof. Es ist ein Streit um Eigentum. Um Boden. Um Infrastruktur. Um politische Macht. Es geht um die Frage, wer über die Entwicklung einer Stadt entscheidet, und wem sie gehört.

Im Kapitalismus wird alles, was existiert, irgendwann unter der Frage betrachtet: Was ist es wert? Nicht: Was brauchen Menschen. Sondern: Wieviel Gewinn wirft es ab? Was lässt sich damit verdienen? Was lässt sich verwerten? Wie kann ich reich damit werden? Das ist der perverse Verwertungszwang, der alles Lebendige dem Diktat des Tauscherts unterwirft. Ein Grundstück wird zum Vermögenswert. Eine Wohnung wird zur Renditeanlage. Ein Bahnhof wird zum Spekulationsobjekt. Eine Stadt wird zum Immobilienbauplatz, der durch Gentrifizierung sozial bereinigt wird.

Und wir Menschen? In diesem System verlieren wir unsere Subjektivität. Wir werden entfremdet und vollständig unter die Logik des Kapitals subsumiert. Wir werden zu Arbeitskräften degradiert, zu Humankapital, das in der Lohnarbeit ausgebeutet wird. Wir werden zu Konsument*innen, zu Steuerzahler*innen – und zu den Leidtragenden einer Stadt, die immer unattraktiver und unbezahlbarer wird. Wir werden zur bloßen Verfügungsmasse des Kapitals!

Die großen Fragen

Und genau gegen diese Logik stellen wir uns! Der Schlossgarten ist nicht einfach ein Grundstück. Unsere Wohnungen sind nicht nur Immobilien. Schulen sind nicht einfach Kostenfaktoren. Krankenhäuser sind keine Fabriken. Und öffentlicher Nahverkehr ist keine Ware! Das sind gesellschaftliche Güter! Sie gehören allen und haben einen Wert, der sich nicht an ihrer Rendite messen lässt. Und deshalb sprechen wir bei „Stuttgart 21“ immer über die größeren Fragen: Warum werden gesellschaftliche Entscheidungen – und nichts anderes als eine gesellschaftliche Entscheidung ist der Bau eines sinnlosen Bahnhofs, der zu Lasten von 99,9 Prozent der Bevölkerung erfolgt – warum werden sie in erster Linie danach beurteilt, was wirtschaftlich rentabel, für einen Standort attraktiv oder für ganz wenige hoch lukrativ ist – statt danach, was Menschen wirklich zum guten Leben brauchen? Wir sind keine Bilanzen, wir sind keine Nummern in Excel-Tabellen! Das ist inakzeptabel und menschenfeindlich. Und deshalb werden wir immer dafür kämpfen, dass die menschlichen Perspektiven wichtiger sind als ökonomische Eigeninteressen, und wir beantworten die Frage „Wem gehört die Stadt“ auch nach 16 Jahren immer noch mit „Die Stadt gehört uns!“ Und wir werden so lange kämpfen und das gute Leben für alle fordern, und wenn es noch 1000 „Schwarze-

Donnerstag-Demos“ geben muss, bis die Eigentumsverhältnisse gegen die Profitinteressen und zu unseren Gunsten, zugunsten der Bevölkerung dieser Stadt geklärt sind!

Totgeburt S21

Liebe Stuttgarter Insass*innen dieser lebendig begrabenen Stadt, werfen wir einen Blick auf die Verwesungsstatistiken. Die Deutsche Bahn beziffert die Kosten für das Leichenschauhaus „Stuttgart 21“ inzwischen auf rund 14,5 Milliarden Euro und faselt von einer Wiederauferstehung im Jahr 2033. Wir aber riechen den süßlichen Verwesungsgeruch und wissen: Es werden weit über 20 Milliarden Euro sein, die in dieses bodenlose Milliardengrab geschaufelt werden. Und wenn diese jetzt schon verwesende Schrottimmobilie irgendwann einmal an den Start gehen sollte, wie auch immer – man mag es sich echt nicht vorstellen wollen – wenn dieses monströse Betonskelett irgendwann durch die Gänge der Stadt spuken sollte, sagen wir, äh, 2050, dann wird das große Sterben längst eingesetzt haben. Drei Viertel von uns, die wir heute vor diesem Friedhof stehen – mich eingeschlossen –, werden dann bereits gestorben sein. Doch noch leben wir, während „Stuttgart 21“ schon im Mutterleib der Korruption verendet ist. Dieses Projekt war nie lebendig! Es ist eine Totgeburt, eine starre, kalte Betonleiche, aus der Milliarden bluten. Ein gigantischer, unterirdischer Sarkophag der Dummheit, eine ewige Totenfeier für die mutwillige Schändung unseres Klimas und unserer Stadt. Ein ewiger, qualvoller Agoniezustand, ein von Leichenstarre geprägter Alptraum ohne Ende. „Stuttgart 21“ – wir hassen deinen stinkenden, faulen Kadaver bis in alle Ewigkeit. Und wir werden dich bekämpfen, bis dass der Tod uns endgültig scheidet!

Die Eigentumsfrage

Liebe Leute, was hätten wir eigentlich mit all diesen Milliarden tun können, als Bewohner*innen einer der reichsten Städte Deutschlands, mit dem am besten funktionierenden Kopfbahnhof der Republik? Wie viele Wohnungen hätte es dafür geben können? Wie viele Schulen? Wie viele Pflegekräfte? Wie viele Busse? Wie viele Jugendzentren? Wie viel soziale Infrastruktur? Ihr merkt, jetzt sind wir bei der Klassenfrage angekommen. Denn wenn bestimmte Projekte priorisiert werden, werden andere Möglichkeiten ausgeschlossen. Aber wer bekommt etwas? Und: Wer entscheidet darüber?

Im Kapitalismus besitzen diejenigen, die über Kapital, Eigentum und Produktionsmittel verfügen, eine strukturell andere Macht als diejenigen, die nichts zu verkaufen haben außer ihrer Arbeitskraft. Die einen besitzen Wohnungen, die anderen zahlen Miete. Die einen besitzen Unternehmen, die anderen verkaufen ihre Arbeitskraft. Die einen entscheiden über den Bau eines sinnlosen Bahnhofs, die anderen haben es hinzunehmen. Die einen verdienen an dem Bauprojekt Millionen, die anderen müssen den Verfall ihrer Stadt akzeptieren. Liebe Leute, wenn wir über soziale Ungleichheit und „Stuttgart 21“ sprechen, dann müssen wir über Eigentum und Macht sprechen! Denn wer eine Stadt umbaut, verteilt Macht. Wer Boden neu ordnet, verteilt Vermögen. Wer Milliarden investiert, setzt Prioritäten. Und wer entscheidet, welche Prioritäten gelten, entscheidet über unsere Gesellschaft. Das bedeutet aber im Kapitalismus, dass zentrale gesellschaftliche Entscheidungen nur danach bewertet werden, ob sich etwas wirtschaftlich verwerten lässt. Wir wollen aber diese Stadt nicht danach beurteilen, wie attraktiv sie für Investor*innen ist. Wir wollen sie danach beurteilen, wie gut Menschen in ihr leben können. Wir wollen Wohnraum, in dem Menschen gut wohnen können. Wir wollen öffentlichen Raum, weil Menschen ihn brauchen. Wir wollen eine Stadt, die uns gehört. Die unser Eigentum ist! Und darum ging es im Kern bei der Revolte vom 30.9. Wir haben, ohne es zu wissen, in Stuttgart die Eigentumsfrage gestellt. Und das noch vor New York, vor Berlin, da geht es auch um diesen zentralen Konflikt! Wir wollen keine Gesellschaft, in der Wohnraum zur Ware wird! Wir wollen keine Fabriken und Betriebe, die einer superreichen, winzigen Elite gehören! Wir wollen keine Konzerne, die den Planeten zerstören und als ihr Eigentum betrachten! Wir wollen keine Zerstörung unserer Lebensgrundlagen für die Milliardengewinne von Überreichen! Was wir alle zum Leben brauchen, gehört uns allen! Holen wir uns die Kontrolle über unser Leben zurück!

Berlin macht es vor

Liebe Mitstreiter*innen, in Berlin ist letzte Woche ein großer Schritt in diese Richtung gemacht worden. Nicht, weil die Eigentumsfrage plötzlich gelöst wäre. Sondern weil sie wieder mitten auf der politischen Tagesordnung steht. Im September 2021 haben die Berliner*innen über eine ganz konkrete Frage abgestimmt: Sollen die großen privaten Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen vergesellschaftet werden? 57,6 Prozent haben Ja gesagt. Fünf Jahre später ist die Frage noch immer nicht umgesetzt. Die

Berliner Linke hat die Durchführung des Volksentscheids zu einem zentralen politischen Projekt gemacht. Sie wurde unter anderem deshalb mit fast 26 Prozent bei der Landtagswahl zur Gewinnerin gewählt. Und was ist die Reaktion? Geradezu panische, hysterische Gegenwehr der politischen, medialen und wirtschaftlichen Player in der Stadt. Mit einer völlig überzogenen, durchsichtigen Kampagne, in der pauschale Antisemitismus-Vorwürfe gegen eine ganze Partei erhoben werden, versuchen sie gerade, die Linke doch noch von der Macht fernzuhalten. Versteht mich nicht falsch – natürlich gibt es Antisemiten in der Linkspartei, die gibt es überall. Vor allem in rechten Milieus. Aber den Kritiker*innen geht es nicht um Antisemitismus. Der Vorwurf wird instrumentalisiert, um die Eigentumsdebatte nicht führen zu müssen, das ist offensichtlich. Denn wenn die Enteignung großer Wohnkonzerne erfolgreich wäre, dann wäre sie ein Präzedenzfall. Dann wäre bewiesen, dass eine Stadt sagen kann: Wir wollen mit einem Teil unseres Wohnungsbestandes anders umgehen. Nicht für die höchste Rendite, sondern für die Gemeinwirtschaft.

Stuttgart gehört uns

Und deshalb, liebe Stuttgarter*innen, ist Berlin gerade so wichtig. Weil hier sichtbar wird, was wir in Stuttgart schon vor 16 Jahren gespürt haben: Es geht niemals nur um ein einzelnes Projekt. Es geht niemals nur um einen Bahnhof. Es geht niemals nur um ein paar Wohnungen. Es geht darum, wer über die Stadt verfügt. Wer entscheidet, was gebaut wird. Wer entscheidet, wem Grund und Boden gehören. Wer entscheidet, was mit den Häusern passiert, in denen Menschen leben. Und wer entscheidet, was Gemeingut sein soll. Wer entscheidet, wie wir leben sollen. Und wir sagen hier schon seit über 16 Jahren: Wir entscheiden das! Und wir werden Recht bekommen! So wie sich „Stuttgart 21“ immer mehr in seine Einzelteile zerlegt, und kein Weg mehr an einer Kombilösung vorbeigeht – die wir schon vor einem Jahrzehnt vorgeschlagen haben – so sicher wird die Frischluftschneise nicht zugebaut werden, so sicher werden keine Luxusbunker für Superreiche gebaut werden, so sicher wird kein Gleisvorfeld abgetragen werden! Und wir werden es allen damit gezeigt haben: das ist unsere Stadt, wir haben uns durchgesetzt, das ist unser Eigentum – Stuttgart gehört uns!

Antifaschismus geht nur antikapitalistisch

Liebe Leute, bis es aber soweit ist, wird ein harter Kampf geführt werden. Denn es geht immer mehr ums Eingemachte, es geht um die Systemfrage: Kapitalismus – oder um Antikapitalismus. Und solange es immer noch so ist, dass die Mieten steigen, dass man keine bezahlbaren Wohnungen findet, dass wir das Klima hemmungslos zerstören, dass wir Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen, dass alles immer teuer wird, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden – so lange werden die Rechtsradikalen den nachvollziehbaren Frust, die Wut und die Ohnmacht abgreifen und auf ihr Programm der Menschenfeindlichkeit und des Nationalismus umlenken. Plötzlich wird aus einem Klassenkonflikt ein Kulturkampf. Aus materieller Unsicherheit Nationalismus. Aus Ohnmacht Ressentiment. Und dann reiben wir uns alle die Augen, wenn eine Naziartei eine Wahl gewinnt.

Aber es ist die kapitalistische Gesellschaft, die die Probleme produziert, die sie selbst aber nicht lösen kann. Sie kann nicht Arbeitskraft möglichst billig halten und gleichzeitig allen ein sicheres und steigendes Einkommen garantieren. Sie kann nicht Wohnraum als Ware behandeln und gleichzeitig dafür sorgen, dass alle sicher und bezahlbar wohnen. Sie kann nicht Vermögen immer stärker konzentrieren und gleichzeitig allen Menschen gleiche materielle Teilhabe ermöglichen. Sie kann nicht Konkurrenz zum zentralen gesellschaftlichen Prinzip machen und gleichzeitig allen Menschen dauerhaft Sicherheit und soziale Anerkennung garantieren.

Der Kapitalismus verteidigt genau die gesellschaftliche Ordnung, in der die sozialen Widersprüche entstehen, aus denen die extreme Rechte politisches Kapital schlägt. Die AfD ist deshalb nicht das Gegenteil der kapitalistischen Logik. Sie ist in zentralen Punkten ihre politische Zuspitzung: Konkurrenz, soziale Hierarchie, Ausschluss, Verwertbarkeit und das Recht des Stärkeren werden nicht überwunden, sondern national, rassistisch und autoritär aufgeladen und organisiert. Und deshalb gibt es keinen nachhaltigen Antifaschismus im Kapitalismus. Wir müssen die Bedingungen verändern, die den Rechtsradikalismus immer wieder hervorbringt. Antifaschismus muss antikapitalistisch sein!

Stuttgart 21 enteignen

Und, liebe Leute, das ist wie bei „Stuttgart 21“: Wenn die Bedingungen wegfallen, die zu diesem Schwachsinn führen, wenn man mit Wohnen kein Geld verdienen könnte, sondern wenn Wohnen ein Grundrecht

wäre, dann würde auch niemand teure Wohnkomplexe für Reiche auf das Gleisvorfeld bauen wollen. Wenn Grund und Boden dieser Stadt der Öffentlichkeit gehören würden, dann gäbe es kein „Stuttgart 21“. Wenn ihr alle Eigentümer*innen von Stuttgart wärt, hätte es nicht eine einzige Montagsdemo geben, hätte niemand vor 16 Jahren am 30.9. Gewalt erfahren müssen!

Das gute Leben für alle kann nur antikapitalistisch sein! Enteignen wir Eigentümer, die nicht verstanden haben, dass Eigentum verpflichtet, und in erster Linie für die Öffentlichkeit das sein soll.

So steht es in Grundgesetz, Artikel 14 Absatz 2, „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Das Grundgesetz erlaubt Enteignungen und die Vergesellschaftung von Grund und Boden zum Wohle der Allgemeinheit, und es wird Zeit, dass das endlich ernstgenommen wird! Enteignet nicht nur große Wohnkonzerne, enteignet „Stuttgart 21“!

30. September

Liebe Freund*innen, der 30. September erinnert uns daran, dass Menschen bereit waren, persönliche Konsequenzen auf sich zu nehmen, um eine politische Entscheidung nicht einfach hinzunehmen. Seit Jahren macht Ihr hier aus dieser Erinnerung eine politische Praxis. Ihr setzt Euch nicht nur gegen das Projekt ein, Ihr engagiert Euch auch da, wo Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Wo Beschäftigte unter Druck gesetzt werden. Wo Jugendzentren geschlossen werden. Wo Geflüchtete angegriffen werden. Wo Rechtsextreme versuchen, Räume zu übernehmen. Wo Menschen glauben, dass sie allein sind. Und Ihr zeigt ihnen mit Eurem Widerstand: Du bist nicht allein. Denn die Alternative zum Kapitalismus und zum Rechtsextremismus ist Solidarität. Nicht Vereinzelung. Nicht Konkurrenz. Nicht Angst. Nicht Unterordnung. Nicht Profitmaximierung. Nicht Ausgrenzung. Nicht die Herrschaft einiger Weniger über Viele. Sondern die demokratische Kontrolle der Dinge, die uns alle betreffen. Solidarität. Ihr zeigt, dass Solidarität möglich ist.

Der 30. September war ein Tag, an dem der Staat seine Macht gezeigt hat. Wir wollen diese Macht demokratisieren. Wir wollen entscheiden können. Wir wollen Eigentum dort vergesellschaften, wo private Verfügung über zentrale gesellschaftliche Güter den Bedürfnissen der Menschen widerspricht. Wir wollen eine Wirtschaft, die demokratisch kontrolliert wird.

Und wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht das Vermögen eines Menschen darüber entscheidet, wie viel politische und soziale Macht er besitzt.

Deshalb erinnern wir heute an den 30. September. An den Schlossgarten. An die Verletzten.

An den Widerstand. Aber wir erinnern uns nicht, um in der Vergangenheit zu bleiben. Wir erinnern uns, um weiter zu kommen! Unser aller Zukunft wegen. Denn Macht kommt nicht von selbst zurück. Rechte werden nicht freiwillig verschenkt. Öffentlicher Raum bleibt nicht automatisch öffentlich. Demokratie erhält sich nicht von alleine. Und soziale Gerechtigkeit fällt nicht vom Himmel. Sie braucht Menschen wie Euch, die sich zusammenschließen. Menschen, die widersprechen. Menschen, die bereit sind, unbequem zu sein. Menschen, die Widerstand leisten. Soziales Engagement, politischer Aktivismus von links ist das Wichtigste, was wir in diesen Zeiten leisten müssen.

Den 30. September als Auftrag verstehen.

Für eine Stadt, die nicht den Investoren gehört.

Für Wohnungen, die keine Spekulationsobjekte sind.

Für eine Bahn, die den Menschen dient.

Für eine Wirtschaft, die wir demokratisch kontrollieren.

Für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Ausgrenzung.

Für eine solidarische Demokratie, in der nicht der Profit bestimmt, was möglich ist.

Für Eine Gesellschaft, die uns allen gehört.

Oben bleiben!

Unterstützerkonto der Parkschützer: Inhaber: Umkehrbar e.V. / IBAN: DE02 4306 0967 7020 6274 00
BIC: GENODEM1GLS. Es können keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.